

RED III-Umsetzung – Rahmenbedingungen für Offshore-Erzeugung von Wasserstoff jetzt schaffen!

Der Deutsche Wasserstoff-Verband (DWV) sieht die Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie als sehr wichtig an. Davon betroffen ist nicht nur das erneuerbare Stromangebot zur Produktion von Wasserstoff an Land, sondern auch auf See. Der vorliegende Gesetzentwurf ist die Gelegenheit, die Weichenstellungen zur großskaligen Produktion von Wasserstoff in der deutschen AWZ auf den Weg zu bringen. Dafür sind aus Sicht des DWV vier Punkte maßgeblich umzusetzen:

Beschleunigungsgebiete sind entscheidend für die Energiewende

Die Beschleunigungsgebiete nach RED III sind für die grüne Wasserstoffproduktion entscheidend, weil sie Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich verkürzen. Für den schnellen Hochlauf braucht es mehr erneuerbare Energien – insbesondere Offshore-Wind. Durch klar definierte Flächen mit vereinfachten Umweltprüfungen und beschleunigten Verfahren wird der notwendige Ausbau von Windparks nicht durch jahrelange Verzögerungen blockiert. Zudem geben die Beschleunigungsgebiete Investoren und Projektentwicklern Planungs- und Rechtssicherheit.

Für die Produktion von grünem Wasserstoff bedeutet das: Elektrolyseure können frühzeitig in räumlicher Nähe zu den neuen Windkapazitäten errichtet werden, wodurch Netzausbaukosten sinken und die Versorgungssicherheit steigt. Das schafft die Grundlage für eine verlässliche, skalierbare und kosteneffiziente Stromversorgung, die für die Elektrolyse unabdingbar ist. Der DWV begrüßt daher, dass die Beschleunigungsgebiete nun in nationales Recht umgesetzt werden sollen.

Offshore-Elektrolyse in der AWZ ins überragende öffentliche Interesse setzen

Mit der Erzeugung von Wasserstoff direkt auf See wird erneuerbarer Strom ohne Umweg über das Stromnetz in einen speicher- und transportfähigen Energieträger umgewandelt. Das reduziert Netzausbaukosten, vermeidet Netzengpässe und steigert die Effizienz des Offshore-Ausbaus erheblich. Damit leistet Offshore-Elektrolyse einen zentralen Beitrag zur Versorgungssicherheit und Systemdienlichkeit der Energieversorgung. Unternehmen werden nur dann Milliardenbeträge in Offshore-Elektrolyse-Projekte investieren, wenn die Genehmigungen vereinfacht werden und rechtliche Risiken minimiert sind. Die Aufnahme ins überragende öffentliche Interesse stellt sicher, dass Projekte nicht durch langwierige Abwägungsprozesse ausgebremst werden, sondern Vorrang gegenüber weniger gewichtigen Nutzungsinteressen erhalten.

Der aktuelle Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes sieht jedoch lediglich ein öffentliches Interesse im Küstenmeer vor. Dies ist nicht sachgerecht, da die Offshore-Elektrolyseprojekte ausschließlich in der AWZ realisiert werden dürften. Daher muss das überragende öffentliche Interesse zwingend auf die AWZ ausgeweitet werden.

Hybride Anbindung von Offshore-Windparks über Pipeline und Kabel ermöglichen

Die hybride Anbindung von Offshore-Windparks über Pipeline und Kabel ist ein Schlüssel, um die Potenziale von Offshore-Wind für die Energiewende optimal zu nutzen. Sie ist daher richtigerweise im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD verankert. Während Kabel die direkte Einspeisung von Strom ins Netz ermöglichen, erlaubt eine Pipeline den Transport von vor Ort erzeugtem Wasserstoff an Land. Diese Doppelnutzung steigert die Systemeffizienz, weil flexibel entschieden werden kann, ob der erzeugte Strom ins Netz fließt oder in Wasserstoff umgewandelt wird. Studien zeigen, dass dies volkswirtschaftlich deutlich optimaler ist als eine reine Kabelanbindung. Hinzu kommen die deutlich geringeren Umweltauswirkungen¹. Die erste Sammelpipeline AquaDuctus ist bereits im Wasserstoff-Kernnetz vorgesehen.

Offshore-Wind kann sowohl die Strom- als auch die Wasserstoffmärkte bedienen – und so die Energiewende beschleunigen. Wir fordern daher die Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes, damit solche hybriden Anbindungskonzepte ermöglicht werden.

SEN-1-Flächenausschreibung auf den Weg bringen

Die Ausschreibung der SEN-1-Fläche für Offshore-Elektrolyse ist ein zentraler Schritt, um den Markthochlauf von grünem Wasserstoff in Deutschland praktisch zu starten. Diese Fläche in der Nordsee ist speziell dafür vorgesehen, Elektrolysekapazitäten direkt an Offshore-Windparks zu koppeln und eine Anbindung dieser Windparks ausschließlich über Pipelines vorzunehmen. Eine zügige Ausschreibung würde erstmals klare Rahmenbedingungen für Investoren schaffen und damit zeigen, dass Deutschland die politischen Zielsetzungen zur Wasserstoffproduktion mit konkreten Projekten unterlegt. Sie ist damit ein Pilot- und Signalprojekt, das Vertrauen in den Standort und in die Umsetzbarkeit von Offshore-Elektrolyse stärkt.

Die Branche wartet seit Jahren auf die Ausschreibung für Projekte in diesem Bereich. Offshore-Elektrolyse benötigt lange Vorlaufzeiten in Planung, Genehmigung und Finanzierung. Wird die SEN-1-Fläche schnell ausgeschrieben, können erste Projekte rechtzeitig ans Netz gehen, um die Wasserstoffbedarfe der Industrie zu erreichen und einen Technologievorsprung zu sichern. Gleichzeitig können regulatorische und technische Erfahrungen gesammelt werden, die für weitere Offshore-Elektrolyseflächen unverzichtbar sind. Im Bundeshaushaltsentwurf 2026 sind erstmalig Fördermittel hinterlegt. Es ist daher entscheidend, dass zum Abfluss dieser Mittel die geplante Förderrichtlinie schnell auf den Weg gebracht wird, damit sich die Akteure auf die Bedingungen einstellen können.

¹ https://aquaventus.org/wp-content/uploads/2024/09/240829_AQV_Kurzstudie_DE.pdf